

FÜR EINE NEUE KULTUR DER VERANTWORTUNG UND DES MITEINANDERS

VON GÜNTHER DÖRFLEIN

Wer kennt heute überhaupt noch eine richtige Dorfkneipe? Was ist das eigentlich? Früher war sie der kommunikative Mittelpunkt eines jeden Ortes, Schauplatz regelmäßig stattfindender, viele Generationen umfassender Familienfeiern, Umschlagplatz der Meinungen, der Ort, an dem Zugezogene zunächst kritisch beäugt und später ihre Aufnahme in die Gemeinschaft vollzogen wurde, sozialer Bezugspunkt der Ansässigen. Heute gibt es viele Ortschaften, in denen bestenfalls noch eine Trinkhalle existiert; das Bier – sowieso günstiger im Discounter besorgt – lässt sich ja schließlich auch an der Busstation trinken. Oder zuhause, manchmal bei schon am frühen Abend heruntergelassenen Rollläden. Nicht allein der trostlose Verfall manch dörflicher Struktur findet sich in dieser etwas überzeichnete Beobachtung, sondern sie gibt einen Hinweis auf – soziologisch gesprochen – Individualisierungstendenzen, auf den Rückzug von Menschen aus dem öffentlichen Raum, vielfach auf Einsamkeit. Letztlich stellt sie die Frage nach dem Funktionieren unseres Ge-

meinwesens; eine Frage, die nicht nur die vom strukturellen und demographischen Wandel gebeutelte Provinz betrifft, sondern genauso Ballungsgebiete und Regionen, in denen es noch erkennbare Perspektiven gibt.

Das fehlende Aufstiegsversprechen

Viel ist in den letzten Jahren geschrieben worden über Exklusionsphänomene in unserer Gesellschaft: über die Ausgeschlossenen (HEINZ BUDE) und Arabboys (GÜNER YASEMIN BALCI), über den Aufstand der Unterschicht (INGE KLOEPFER) und das wahre Elend (WALTER WÜLLENWEBER). Jetzt erst wird eine breite Öffentlichkeit der Folgen gewahr für Jahrzehnte der Bequemlichkeit, der Versäumnisse und – wenn wir ehrlich sind – auch einer vermeintlichen politischen Korrektheit.

Die Neuköllner *Rütli-Hauptschule* ist eine Chiffre für einen kaum zu bewältigenden Bildungsnotstand an sozialen Brennpunkten geworden; Essen-Katernberg und vergleichbare Agglome-

rationen einst sozialen Wohnungsbaus für die neuen Armen, deren Armut nicht zuvorderst in einem Mangel an finanziellen Mitteln besteht, sondern in der Überforderung, für sich und die Seinen Verantwortung zu übernehmen. Wo Sozialtransfers in der dritten Generation gezahlt werden, fehlen die Vorbilder. Die Perspektive »Ich werd eh' Hartz IV« ist mancherorts zu einem vom sozialen Umfeld akzeptierten und vielen Altersgenossen geteilten Berufziel geworden.

Verantwortlich ist hierfür vor allem eine fehlende soziale Durchlässigkeit unserer Gesellschaft, die viele Ursachen hat. Das Aufstiegsversprechen der einstigen nivellierten Mittelstandsgesellschaft bleibt inzwischen aus, unser Bildungssystem zementiert den sozialen Stand qua Geburt und der Wohlfahrtsstaat bürdet der selbst zunehmend verunsicherten Mitte unserer Gesellschaft immer neue Belastungen auf. Hinzu kommt ein Arbeitsmarkt, der mittlerweile selbst für gut Ausgebildete zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft und Ort prekärer Beschäf-

»Es gilt, gemeinsam zu gestalten, ohne zuallererst und ausschließlich die eigenen Interessen befriedigen zu wollen, frei von Klientelpolitik, mit dem Versprechen, in Notsituationen füreinander einzustehen und denen Hilfe zu gewähren, die wirklich bedürftig sind.«

tigungsverhältnisse geworden ist. Die Stichworte lauten: Leiharbeit, unterschiedliche Bezahlung derselben Tätigkeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse. Hier hat die Besitzstandswahrung derer, die schon »drinnen« sind, gesiegt. Oder sollte es sich vielleicht sogar um einen Triumph unserer Sozialen Marktwirtschaft handeln, die sich die nötigen Bypässe um den Kündigungsschutz herum gelegt hat?

Es ist möglich geworden, auch dann noch ein halbwegs kommodos Leben zu führen, wenn man sich der Solidargemeinschaft – nach oben oder nach unten – entzogen hat. Der Sozialstaat stößt hier längst an seine Grenzen – und beileibe nicht allein an seine finanziellen. Konsens dürfte mittlerweile darin bestehen, dass nicht die Verteilung von mehr Geld und zusätzliche Sozialleistungen helfen, genauso wenig wie weitere – zu oft als Ruinen endende – behördlich erdachte Bildungs- und Integrationsprojekte. Zugespitzt: Mit der Zahlung von »Stillhalteprämien« für Menschen in prekären Lebenslagen, als die mancher Beobachter nicht auf mehr Selbstverantwortung abzielende sozialpolitische Transfers interpretiert, lässt sich kein freiheitlich verfasstes Gemeinwesen gestalten. Ein erstarrter Versorgungsstaat ist nicht geeignet, die offene Gesellschaft zu befördern.

Der Staat sind wir

Integration in einem umfassenden Sinne ist der Schlüsselbegriff für die Zukunft unseres Landes. Eine wichtige Aufgabe dabei ist, diejenigen zurückzuholen, zu beteiligen und zu begeistern, die sich schon verabschiedet haben. Integration, die sich im Übrigen selbst in bürgerlichen Oasen nie von allein ergibt, sondern auch dort organisiert werden muss, wofür aber dort die Hürden ungleich niedriger sind. Wir alle sind gefragt – ohne ein exponentiell verstärktes Engagement der Gesellschaft wird diese Mammutaufgabe nicht zu bewältigen sein. Wir haben uns dafür zu interessieren, was um uns herum passiert, schon aus einem wohlverstandenen Eigeninteresse, denn es ist schließlich auch unser Land. Dafür bedürfen wir der Verständigung über grundlegende Begriffe, das Anerkenntnis gemeinsamer Werte und die Verpflichtung auf sie. Es bleibt zu hoffen, dass ein positives Ergebnis der Wirtschaftskrise sein wird, dass Besitz und die Möglichkeit zu exzessivem, nicht einmal in seinen mittelbaren Auswirkungen das Gemeinwohl befördernde Konsum – mitsamt dem solchen Verhaltensweisen huldigenden und traurigerweise immer einflussreicheren ‚People-Journalismus‘ – wieder an Bedeutung verlieren. Es besteht ein Unterschied

zwischen selbstreferenzieller Charity und echtem Engagement, das auf Gemeinwohl fußt – und trotzdem auch eigenen Zwecken dienen kann. Der »Starnberger Republik« – so der Titel eines Dokuments in der Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ über das, ja, wie soll man sagen, »Gemeinwesen« in Deutschlands reichstem Landkreis – können wir keine weitere Verbreitung mehr wünschen – und uns auch schlicht nicht mehr leisten.

In dem erstmals vor mehr als 250 Jahren erschienenen Schlüsselwerk der Aufklärung, ‚Vom Gesellschaftsvertrag‘ schreibt JEAN-JACQUES ROUSSEAU: »Sobald einer über die Staatsangelegenheiten sagt: ‚Was geht es mich an?‘ muss man damit rechnen, dass der Staat verloren ist.« Dieser Satz ist heute noch wahr und gewinnt leider an Aktualität. Nicht wenige Menschen in Deutschland würden tatsächlich genau dieses »Was geht es mich an?« entgegenen. Sie empfinden den Staat als ein abstraktes Gebilde, das mit ihnen selbst nichts zu tun hat; bestenfalls verstanden als eine politische Regelungsinstanz, aber nie im Sinne eines »der Staat sind auch wir«. Das gilt übrigens auch für sogenannte Leistungsträger, wenn deren Kreativität im Umgang mit dem Staatswesen sich primär auf die Suche nach immer neuen Wegen der Steuervermeidung beschränkt. Verloren ist der Staat noch nicht, aber es gibt Anlass zur

»Wünschenswert wäre, wenn Nachdenklichkeit, nicht Sprachlosigkeit, wieder zu einer Kategorie des politischen Erfolges werden könnte.«

Sorge, denn offensichtlich fühlen sich nur wenige Bürger für dieses Staatswesen verantwortlich oder vertrauen auch nur darin. Seit vielen Jahren, schon lange vor der Wirtschaftskrise, sinken die Zustimmungswerte zum Modell der Sozialen Marktwirtschaft und das Vertrauen in das politische System insgesamt. Geradezu widersprüchlich dazu ist die stetig steigende Erwartungshaltung der Bevölkerung, was von Seiten der Politik geregelt werden sollte – Erwartungen, die oft genug von den politischen Akteuren geweckt wurden, aber nie und nimmer erfüllt werden konnten.

Verständigung tut Not

Unmittelbar damit hängt zusammen, wie wir uns über die res publica verständigen, welche gesellschaftlichen Debatten wir führen, und wer daran teilnimmt. Eine grundlegende Herausforderung für politische Diskurse ist, dass nach dem Zeitalter der Ideologien die heutig großen Sach- und Streitfragen sehr komplex, kaum mehr durchschaubar geworden sind. Hinzu kommen die enorme mediale Beschleunigung des Öffentlichen und der Umstand, dass ökonomische Prozesse unterdessen sehr viel schneller spürbar werden, als politische Programme überhaupt Wirkung entfalten können. In der Summe ergibt

dies weniger das Bild einer schleichen den Entpolitisierung, denn einer zunehmenden Überforderung aller Akteure. Wer weiß schon, wie die Finanzkrise, die sich zu einer Weltwirtschaftskrise ausgewachsen hat, am schnellsten und besten zu überwinden ist? Wie gestalten wir die Globalisierung, wie überwinden das Nord-Süd-Gefälle und die Armut in vielen Teilen der Welt, was tun wir gegen den Klimawandel? Auf einen Teil dieser Fragen mag es Antworten geben, die auf der Hand liegen. Doch meist gilt: je einfacher die Lösung, umso schwieriger ist sie in die Praxis umzusetzen, da sie elementare Fragen von Ressourcenverbrauch, von Wohlstand und Verzicht berühren. Gleiches gilt für die nationale Ebene, wo Herausforderungen wie der demographische Wandel, die Frage, wie gute Bildung für alle geschaffen werden kann oder die anhaltende Diskussion um die sozialen Sicherungssysteme schnell an die Grenzen der divergierenden Interessen stoßen.

Im Ergebnis führt die Komplexitätsreduktion, die den Akteuren von den Medien, insbesondere dem Fernsehen, genauso wie – was wir gelegentlich vergessen – vom Publikum abverlangt wird, zu Debatten, die über den Dingen schweben und manchmal schlicht an der Realität vorbeigehen – Donnerstag für Sonntag in den Abendstunden sogar auf öffent-

lich-rechtlichen Sendern zu beobachten. Letztlich sind diese in der Regel selbstbezüglichen Diskussionen in ihrer Inszenierung selbst ein Surrogat, nicht allein ihre entlarvend sinnentleerte Sprache: Da werden »Maßnahmen ergriffen«, da »besteht Handlungsbedarf«, da ist »man gut aufgestellt« und zuletzt betrifft das alles die »Gesamtgesellschaft« – was bitte ist eine Gesellschaft sonst? Die Entstehung dieser platzhaltenden Floskeln und die politisch ritualisierte Besserwisserie verdanken wir vor allem dem Umstand, dass es in unserer Debattenkultur ein Kardinalfehler wäre zuzugeben, nicht immer sofort eine Antwort parat zu haben. Eigentlich paradox, denn in unserer immer komplexer werdenden Welt, wo Politik und ihre nötigen Kompromisse erkennbar auch zu Lasten von Personen im eigenen Umfeld gehen, wäre es doch verwunderlich, gäbe es Menschen, die auf alles unmittelbar eine Antwort wüßten. Umso größer ist am Ende die Enttäuschung beim Publikum über das vermeintliche politische Versagen – zumal kaum ein Akteur zu sagen wagt: Stimmt, das war nichts, aber es ging nicht anders, oder zumindest: es ging nicht besser – von bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen. Wünschenswert wäre hingegen, wenn Nachdenklichkeit, nicht Sprachlosigkeit, wieder zu einer Kategorie des politischen Erfolges werden könnte. Viel zu

»Es gilt, gemeinsam zu gestalten, ohne zuallererst und ausschließlich die eigenen Interessen befriedigen zu wollen, frei von Klientelpolitik, mit dem Versprechen, in Notsituationen füreinander einzustehen und denen Hilfe zu gewähren, die wirklich bedürftig sind. Mehr Dorfkneipe also.«

oft besteht Konsens nur in den Dingen, die wir nicht wollen, aber Einigkeit darüber zu erzielen, was wir wollen, heißt meist, sich am kleinsten gemeinsamen Nenner zu orientieren – was im übrigen für das Subsidiaritätsprinzip spricht, denn in den kleinen Einheiten ist dieser Nenner in der Regel größer. All dies macht es nicht eben leichter, beherzt politische Führung zu übernehmen.

Es ist unser Land


Wir stehen nach 60 Jahren bundesrepublikanischer Erfolgsgeschichte an einer weiteren Zeitenwende – vordergründig primär ökonomisch bedingt. Sie wird erhebliche Auswirkungen auf die Verfasstheit unseres Gemeinwesens haben, da sie an den Grundfesten unserer bisherigen Lebensweise rührt. Angesichts dessen herrscht eine seltsame Ruhe und Gelassenheit. Das ist in früheren Umbruchsituationen anders gewesen, aber möglicherweise waren sie einfacher zu überblicken, einzusortieren, zu verstehen. Nicht die Argumentationsfähigkeit dürfte vor 1989 höher gewesen sein, sondern der Unterschied bestand wohl mehr darin, dass zumindest jeder eine Meinung hatte – und auch leichter haben konnte, da viele Streitfragen in ein klar zu verortendes Raster einzuordnen waren. Seit dem Zusammenbruch des

Ostblocks, dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung hat sich unser Land stetig verändert. Deutschland ist heterogener und weltoffener geworden, vielleicht auch sympathischer; wir haben einen Reifeprozess durchlaufen. Diese Veränderungen, die sich nicht unter die eine Chiffre wie etwa ‚Achtundsechzig‘ fassen lassen, sind vielfältig, eine klare Richtung fehlt. Die große Mehrheitsmeinung besteht vermutlich nur noch in einem diffusen Unbehagen, international auch als »German Angst« populär geworden, und der weit verbreiteten Überzeugung, dass es in unserem Land nicht sonderlich gerecht zugeht.

Was also wollen wir? Der Leitsatz KARL POPPERS »Optimismus ist Pflicht«, der ob der Größe der Herausforderungen, vor denen unser global gewordenes Umfeld steht, manch einem naiv, gleich dem Pfeifen im dunklen Wald, vorkommen wird, ist immer noch richtig. Die Zukunft ist nach wie vor offen, sie ist nicht unabänderlich vorherbestimmt. Jeder von uns kann über sie mitbestimmen, durch Tun oder Unterlassen, im Kleinen wie im Großen. Die Verantwortung für unsere res publica tragen wir gemeinsam. Demokratie lebt nun einmal vom Mitmachen, und: es ist unser Land! Exklusion wie Eskapismus sind auf Dauer für niemanden eine zufriedenstellende Lösung. Leider mutet der eigentlich

schöne, gut geeignete Begriff der ‚Solidargemeinschaft‘ mittlerweile etwas antiquiert an und er ist bedauerlicherweise parteipolitisch eindeutig verortet. Aber er beschreibt nach wie vor, wie unser Gemeinwesen funktionieren kann: Es gilt, gemeinsam zu gestalten, ohne zuallererst und ausschließlich die eigenen Interessen befriedigen zu wollen, frei von Klientelpolitik, mit dem Versprechen, in Notsituationen füreinander einzustehen und denen Hilfe zu gewähren, die wirklich bedürftig sind. Mehr Dorfkneipe also. In einem Örtchen in der Nähe von Freiburg haben einige Einwohner begonnen, für eine solche Wirtschaft zu sammeln, da sie erkannt haben, welche wichtige Funktion sie für die Gemeinschaft haben kann. Dieser Idee ist viel Erfolg und eine weite Verbreitung zu wünschen – und möglichst keine Anwohner, die wegen der Lärmbelästigung vor Gericht ziehen.

DR. PHIL. GÜNTHER DÖRFLEIN, Jahrgang 1972, arbeitet im Grundsatzreferat einer obersten Bundesbehörde. Er ist Zustifter der Bürgerstiftung Neukölln. Sein Beitrag gibt alleinig seine persönliche Meinung wieder.

 Uns interessiert Ihre Meinung!
Diskutieren und kommentieren Sie diesen Artikel auf: www.berlinpolis.de